

Kleine Anfrage Thomas Hofstetter/Ursula Stöckli (FDP): Statusbericht zum Projekt eBau

Der Kanton Bern hat zusammen mit den Gemeinden vor ein paar Jahren das Projekt «eBau – Elektronisches Baubewilligungsverfahren» gestartet.

Im Projektbeschrieb steht: «Mit eBau wird der Baubewilligungsprozess im Kanton Bern (und den Gemeinden) vereinfacht und künftig elektronisch abgewickelt. Der Pilotbetrieb startete im Sommer 2018. Seit Sommer 2019 können Baugesuche elektronisch via eBau eingegeben werden. Bis 2022 wird eBau weiter entwickelt und in Etappen ausgebaut.»

Das Projekt eBau ist ein kantonales Projekt. Trotzdem ist die Stadt Bern davon betroffen, denn sie wird diese Software auch bei sich implementieren und muss auch einen Teil der Projektkosten – gemäss Kostenverteiler – bezahlen.

Da IT-Projekte in der Verwaltung besondere Aufmerksamkeit bedingen, bitten wir den Gemeinderat, uns über folgende Fragen zu informieren.

1. Was ist die Rolle, die die Stadt in diesem kantonalen Projekt einnimmt?
2. Wie funktioniert die Zusammenarbeit? (Abstimmungen, Austausch und weiteres)
3. Wie ist der Projektstand bezüglich Kosten? Werden die budgetierten Projektkosten eingehalten oder weiss man bereits jetzt, dass es zusätzliche Mittel benötigt? Und falls ja, wie hoch wären diese (Schätzung)?
4. Wie ist der Projektstand bezüglich Termine? Konnten bis jetzt alle Termine gemäss Projektplan eingehalten werden? Sind die zukünftigen Termine/Etappen, resp. der Endtermin des Projektes immer noch realisierbar? Falls nein, wie lange könnte sich der Projektabschluss verzögern (Schätzung).
5. Wie ist der Projektstand bezüglich Qualität? Konnten bis jetzt alle qualitativen Zwischenziele/Etappen erreicht und die umgesetzten Arbeitspakete in der gewünschten Qualität und im vorgegebenen Umfang implementiert werden? Falls nein, welche Abstriche mussten bis jetzt an der Qualität, resp. am Umfang gemacht werden?
6. Wie sind die gemachten Erfahrungen mit eBau in der Stadt Bern? Sind die Kunden damit zufrieden und wie hoch ist der Anteil der digital eingereichten Baugesuche?
7. Gibt es auch Überlegungen wie BIM-Daten (Building Information Modeling) aus Plattformen von Dritten in das eBau integriert werden können?
8. Kann man schon eine Aussage zu den zukünftigen Betriebskosten von eBau machen? Werden die Kosten – Dank dem effizienteren Prozess – sinken?

Bern, 19. November 2020

Erstunterzeichnende: Thomas Hofstetter, Ursula Stöckli

Mitunterzeichnende: Bernhard Eicher, Dolores Dana, Ruth Altmann, Tom Berger, Barbara Freiburghaus

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

eBau ist ein Projekt des Kantons Bern. Die Stadt Bern war bei der Erarbeitung des Programms mit einem Sachbearbeiter des Bauinspektorats in der Kerngruppe des Projekts beteiligt und wird weiterhin in dieser Kerngruppe vertreten sein.

Zu Frage 2:

Die Bedürfnisse des Bauinspektorats an die Software konnten in der Kerngruppe eingebracht werden. In weiteren wurden verschiedenen Informationsveranstaltungen seitens des Kantons durchgeführt und die Mitarbeitenden des Bauinspektorats haben an einer durch den Kanton organisierten Schulung teilgenommen.

Das Bauinspektorat arbeitet weiterhin mit der Software Gemdat/Rubin. Gemdat/Rubin hat im Vergleich mit eBau in der durch die Stadt Bern genutzten Version mehr Funktionen und ist insgesamt weiter ausgebaut als die heute bestehende eBau Software. Das Bauinspektorat hat daher die Programmierung einer Schnittstelle bei Gemdat/Rubin in Auftrag gegeben. Diese Schnittstelle ist implementiert und funktioniert. Das Baugesuch kann über eBau eingegeben werden, die Verarbeitung und die Erstellung der Dokumente erfolgt dann intern über Gemdat/Rubin und der Output an die Bauherrschaft erfolgt wiederum über eBau.

Zu Frage 3:

Die Kosten und allfälligen Kostenüberschreitungen des Projekts eBau sind dem Gemeinderat nicht bekannt, da es sich um ein kantonales Projekt handelt. Das Bauinspektorat der Stadt Bern hat eine Schnittstelle programmieren lassen und dafür einmalig und pauschal Fr. 11 890.00 ausgegeben. Dieser Betrag konnte in der laufenden Rechnung 2019 kompensiert werden.

Zu Frage 4:

Bezüglich der Einhaltung der Termine kann der Gemeinderat keine Auskunft geben, da es sich um ein kantonales Projekt handelt. In der Stadt Bern kann seit 1. Juli 2020 ein Baugesuch über eBau elektronisch eingegeben werden.

Zu Frage 5:

Auch zur Frage der Zielerreichung bezüglich der Qualität des Projekts kann der Gemeinderat keine Auskunft geben, da es sich um ein kantonales Projekt handelt.

Zu Frage 6:

Die Erfahrungen der Stadt Bern sind noch relativ beschränkt. In den ersten vier Monaten sind erst 27 Gesuche auf eBau eingegangen. Dies entspricht einem Anteil von 8.2 Prozent bei insgesamt 330 Baugesuchseingaben.

Die Eingabe des Baugesuchs in eBau bedarf gewisser fachlicher Kenntnisse und Erfahrungen bei der Anwendung von eBau seitens der Gesuchstellenden. Wie bei Baugesuchen in Papierform werden auch bei eBau unvollständige Angaben erfasst. Die Bereinigung dieser Eingabefehler ist für die Gesuchstellenden in eBau teilweise aufwändig. Das Bauinspektorat geht aber davon aus, dass wie bei der elektronischen Erfassung der Steuererklärung auch bei eBau eine gewisse Eingewöhnungsphase erforderlich ist.

Zu Frage 7:

Dem Gemeinderat ist nicht bekannt, ob der Kanton solche Überlegungen anstellt.

Zu Frage 8:

Aufgrund der Tatsache, dass das eBau bis zur Einführung der elektronischen Unterschrift nur teilweise ein digitales Baubewilligungsverfahren ermöglicht, führt die digitale Einreichung des Baugesuchs vorläufig noch zu keiner Reduktion des Aufwands. Die Abläufe und Prozesse müssen aber neu definiert werden, was kurzfristig sogar zu einem Mehraufwand führt. Die elektronische Unterschrift wird im Rahmen einer Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes des Kantons eingeführt werden (voraussichtlich frühestens 2023).

Bern, 9. Dezember 2020

Der Gemeinderat